

**Geschäftsführung
Ausschuss für Wirtschaft,
Stadtentwicklung und
Stadtmarketing**

Es informiert Sie	Petra Paßmann
Telefon (0202)	563 66 97
Fax (0202)	563 80 50
E-Mail	Petra.Passmann@stadt.wuppertal.de
Datum	02.06.05

Niederschrift

**über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Stadtmarketing
(SI/3545/05) am 01.06.2005**

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Jürgen Hardt ,

von der CDU-Fraktion

Herr Jochen Asbeck , Herr Ralf Geisendörfer , Frau Dorothea Glauner , Herr Michael Müller , Herr Rainer Spiecker ,

von der SPD-Fraktion

Frau Barbara Dudda-Dillbohner , Herr Manfred Guder , Herr Oliver Siegfried Wagner , Herr Oliver Zier ,

von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Lorenz Bahr ,

von der FDP-Fraktion

Herr Jürgen Henke ,

von der WfW-Fraktion

Herr Detlef Schmitz ,

berat. Mitglied § 58 I S. 7 GO NRW

Herr Reinhard Granitzki ,

als sachkundige Einwohner/in

Herr Georg-Eicke Dalchow , Herr Hans-Joachim de Bruyn-Ouboter , Herr Alexander Rocho ,

von der Verwaltung

Herr Peter Jung (Oberbürgermeister), Herr Rolf Kinder (SB 208), Herr Thomas Uebrick (GBL 1.2),
Herr Dieter Verst (SB 208), Herr Michael Walde (R 101), Herr Klaus Zieglam (002),

als Gast

Frau Mirosława Jujeczka, Frau Malgorzata Jakimowicz, Frau Urszula Socha-Legawiec, Herr Michal Krzyzanowski, Herr Nieder (WiBeFö), Herr Gunter Amtmann , Frau Christa Kühme , Herr Klaus Mook ,

von der Presse

Herr Andreas Lukesch (WZ),
Herr Stefan Seitz (Wuppertaler Rundschau)

Schriftführerin

Frau Petra Paßmann ,

Beginn: 16:05 Uhr

Ende: 18:00 Uhr

I. Öffentlicher Teil

Herr Stv. Hardt eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden, insbesondere aber die Gäste aus Liegnitz Frau Juieczka, Frau Jakimowicz, Frau Socha-Legawiec und Herrn Krzyzanowski.

- - -

0.1 Verpflichtung sachkundiger Einwohner

Der Vorsitzende verpflichtet Herrn Dalchow mit der vorgeschriebenen Verpflichtungsformel zum stellvertretenden sachkundigen Einwohner.

0.2 Zur Tagesordnung

Herr Stv. Henke möchte im nichtöffentlichen Sitzungsteil des TOP „mögliches Bauvorhaben in Wuppertal-Elberfeld“ ansprechen.

Es besteht Einvernehmen, entsprechend zu verfahren.

1 Kommunale Entwicklungsmöglichkeiten des Bahnflächenpotentials in Wuppertal Vorlage: VO/0687/05

Herr Beig. Uebrick beantwortet die Fragen der WfW-Fraktion (die Stellungnahme der Verwaltung ist dem Protokoll als Anlage beigefügt).

Auf Nachfrage von Herrn Stv. Schmitz erläutert er:

- Das Land hat den Sicherungsvertrag Rheinische Strecke vor ca. zwei Jahren unter Hinweis auf Trassensicherungspflicht der Kommune gekündigt. Der FNP weist hierfür auch weiterhin eine Trasse aus.
- Die Fläche Bahnhofsvorplatz Döppersberg befindet sich nach seiner Erinnerung zum Teil in Besitz der Aurelis sowie teilweise im Besitz von „Station und Service“.
- Hinsichtlich des Döppersberg-Projektes ist eine Abstimmung mit dem Vorstand erfolgt. Die DB AG ist bereit, sich ohne eigene Finanzbeteiligung einzubringen.

Herr BM Bahr sieht in der Haltung der DB AG einen wesentlichen Grund für die Schwierigkeiten bei der Entwicklung und Vermarktung von Bahnflächen.

Herr OB Jung berichtet in diesem Zusammenhang über die auf die Forderung der Bahn nach einem kompletten Rückbau zurückzuführenden Probleme im Bereich des Media-Parks.

Ebenfalls auf Bitte von Herr BM Bahr erläutert Herr Kinder zum Gewerbepark VohRang, dass die Verwaltung aufgrund der aktuellen Entwicklung Nachverhandlungen hinsichtlich des Kaufpreises führt.

Die Ausführungen der Verwaltung werden entgegengenommen.

2.1 Bunker Platz der Republik
Vorlage: VO/0697/05

s. auch Diskussion und Beschlussfassung zu TOP 2.2

Der Ausschuss nimmt den Sachstandsbericht entgegen.

2.2 Bunker Platz der Republik
Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 17.05.2005
Vorlage: VO/0674/05

Herr BM Bahr erläutert den Antrag seiner Fraktion. Im Sinne sowohl des Stadtbildes als auch des Stadtteils erachtet er eine genaue Prüfung, was und in welcher Konkurrenz zu wem hier etwas gemacht werden soll, für erforderlich. Nach den Plänen seiner Fraktion kann das Gelände nach einem Abriss des Bunkers in Zukunft als Spielplatz und Park genutzt werden. Die vom GMW vorgelegten Zahlen hinsichtlich eines Abrisses des Bunkers beurteilt er eher skeptisch.

Herr Stv. Henke geht davon aus, dass eine Ausschreibung günstigere Ergebnisse haben wird. Insbesondere mit Blick auf die bestehenden Wohnungsleerstände hält auch er das Konzept eines attraktiven Begegnungsplatzes für sinnvoll.

Herr Stv. Wagner sieht aufgrund der finanziellen Situation nur wenig Spielräume und beurteilt die vorgelegte Planung als realistischere Alternative.

Herr Beig. Uebrick befürchtet, dass der Schandfleck auf Dauer erhalten bleibt. Die aufgezeigten Probleme können mit dem Investor im Sinne einer Nachbesserung diskutiert werden. Er verweist dabei aber auch auf den Verfahrensstand.

Den Antrag von Herr BM Bahr, das GMW vor einer Entscheidung die Alternative eines Abrisses – ggf. im Rahmen des Programms Stadtumbau West - prüfen zu lassen, möchte Herr Stv. Müller im Interesse ernstlich interessierter Investoren nicht mittragen.

Beschluss des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Stadtmarketing vom 01.06.2005:

Der Antrag der Fraktion B 90/GRÜNE wird abgelehnt.

Stimmenmehrheit (bei drei Stimmen der Fraktionen B 90/GRÜNE, WfW und FDP für den Antrag).

**3.1 Beschleunigung von Bauanträgen und Optimierung der Arbeit des
Gestaltungsbeirates
Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 14.12.2004
Vorlage: VO/3726/04**

Beratung und Beschlussfassung siehe TOP 3.3.

**3.2 Beschleunigung von Bauanträgen
Vorlage: VO/3732/04**

Beratung und Beschlussfassung siehe TOP 3.3.

**3.3 Beschleunigung von Bauanträgen
Vorlage: VO/0066/05**

Die Vorlage weist aus, dass die Bearbeitungszeiten in 92 % der Fälle unter sechs Wochen, in 2 % unter zwölf Wochen, in weiteren 3 % unter 18 Wochen und in 3 % über 18 Wochen liegen.

Herrn Stv. Wagner interessiert insbesondere eine genauere Aufschlüsselung der Zahl 92 %.

Für Herrn BM Bahr bestätigt die Vorlage, dass sich die Diskussion auf maximal 6 % der Fälle beschränkt.

Auch Herr Stv. Müller sieht „Legenden“ ausgeräumt. Selbst wenn es in Einzelfällen zu Verzögerungen kommt, so zeigen die Arbeit der Bürgerberatung Bauen und die Einbindung der WiBeFö Erfolg. Darüber hinaus sieht er aber auch Optimierungsansätze im politischen Beratungsgang.

Herr Rocho berichtet, dass die Architekten die Einflussmöglichkeiten einer Kommune durch das Landesrecht eingeschränkt sehen. Ihre Vorschläge zielen daher insbesondere auf die aufwändig abzuwickelnden Sonderbauten ab:

Die Architekten erhalten innerhalb einer Woche eine Information u. A. über die zu beteiligenden Fachdienststellen verbunden mit der Anforderung einer entsprechenden Anzahl von Unterlagen, um alle diese Stellen parallel einbinden zu können.

Darüber hinaus können möglicherweise die Fristen für die Stellungnahme der Fachdienststellen optimiert werden.

Herr Kinder geht auf die in der Diskussion aufgeworfenen Fragen ein:

- Eine Statistik über die Bearbeitungszeiten, die kürzer als sechs Wochen in Anspruch nehmen, existiert nicht.
- Selbstverständlich gibt es Klagen insbesondere der Investoren, deren Anträge sich länger als 12 Wochen im Verfahren befinden.
- Eine Eingangsbestätigung ergeht regelmäßig innerhalb einer Woche. Zu diesem Zeitpunkt ist aber eine verbindliche Aussage über notwendige

Unterlagen bzw. weitere zu beteiligende Stellen nicht immer möglich.

- Das Ressort 105 hat sich selbst als Zielvorgabe eine möglichst kurze, maximal aber eine Bearbeitungsdauer von drei Monaten gesetzt.
- Im Sinne der Kundenfreundlichkeit praktiziert die Verwaltung das Verfahren einer möglichen kostenpflichtigen Zurückweisung von Anträgen nach drei Monaten nicht.
- Insbesondere bei den problematischen Sonderbauten müssen ggf. Landesbehörden beteiligt werden, denen das Gesetz eine Frist von einem Monat (ohne Angabe von Gründen auf zwei Monate auszuweiten) einräumt. Hier wird eine Verbesserung durch persönliche Kontaktaufnahme angestrebt.
- Er wertet die Statistik auch im Landesschnitt als sehr positiv. Gleichwohl strebt die Bauordnung eine weitere Optimierung an und hofft auf Verbesserungen insbesondere durch das Internetportal.

Gerade mit Blick auf die „kleineren“ Vorhaben hält es Herr Stv. Henke für möglich, Genehmigungen innerhalb einer Woche zu erteilen.

Er beantragt daher, die Statistik – bezogen auf eine genauere Aufteilung der 92 %-Fälle – zu präzisieren.

Beschluss des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Stadtmarketing vom 01.06.2005:

Der Bericht der Verwaltung wird entgegengenommen

- - -

Die Verwaltung wird gebeten, die Erhebung über die Bearbeitungszeiten insbesondere bezogen auf die Baugesuche mit einer Laufzeit von weniger als sechs Wochen zu präzisieren.

Einstimmigkeit (bei zwei Stimmenthaltungen).

**4.1 Optimierung der Arbeit des städtischen Gestaltungsbeirates
Antrag zur Sitzung des Hauptausschusses am 15.12.2004 und zur Sitzung
des Rates am 20.12.2004
Vorlage: VO/3727/04**

Beratung und Beschlussfassung siehe TOP 4.5.

**4.2 Gestaltungsbeirat
Vorlage: VO/3730/04**

Beratung und Beschlussfassung siehe TOP 4.5.

4.3 Optimierung der Arbeit des Gestaltungsbeirates
Vorlage: VO/3731/04

Beratung und Beschlussfassung siehe TOP 4.5.

4.4 Optimierung der Arbeit des städtischen Gestaltungsbeirates
Vorlage: VO/3737/04

Beschluss des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Stadtmarketing vom 01.06.2005:

Beratung und Beschlussfassung siehe TOP 4.5.

4.5 Optimierung der Arbeit des Gestaltungsbeirates
Vorlage: VO/0391/05

Herr Beig. Uebrick weist darauf hin, dass – bei Bedarf – eine erste Sitzung des Gestaltungsbeirates vor August angedacht ist.

In der sich anschließenden Diskussion erinnert Herr Stv. Müller daran, dass dem Gestaltungsbeirat keine Entscheidungskompetenzen übertragen sind.

Die Herren Stv. Müller, Stv. Henke und Stv. Schmitz können sich den Schlussfolgerungen der Verwaltung anschliessen.

Für die Architekten begrüßt Herr Rocho den Gestaltungsbeirat. Er regt an, dass die Planungs- bzw. Bauexperten an Sitzungen des Gestaltungsbeirates teilnehmen.

Vor dem Hintergrund von häufig schon in den Medien diskutierten Vorhaben beantragt Herr BM Bahr auch im Sinne der Transparenz, einzelne Themen – die Zustimmung des Investors vorausgesetzt – im Gestaltungsbeirat öffentlich zu behandeln.

Es besteht Einvernehmen, die Beschlussfassung entsprechend zu ergänzen.

Beschluss des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Stadtmarketing vom 01.06.2005:

Die Arbeit des Gestaltungsbeirates soll entsprechend der in dem gemeinsamen Arbeitstreffen am 10.03.2005 erarbeiteten Vorschläge optimiert werden. Die Geschäftsordnung des Gestaltungsbeirates wird - soweit erforderlich - angepasst.

Zusätzlich wird die Verwaltung gebeten zu prüfen, unter welchen Umständen einzelne Bauvorhaben in öffentlicher Sitzung behandelt werden können, und hierzu dem Ausschuss zur nächsten Sitzung einen kurzen Bericht vorzulegen.

Der Ausschuss wird dann über die Rahmenbedingungen entscheiden.

Einstimmigkeit.

**5.1 Kinder-, Jugend- Familienfreundlichkeitsprüfung
Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 17.05.2005 zu VO/0089/05
Vorlage: VO/0675/05**

Für die SPD-Fraktion signalisiert Herr Stv. Wagner seine Zustimmung zum Vorschlag der Verwaltung.

Herr BM Bahr hält eine intensive Zusammenarbeit im Rahmen der Zielplanung – wie sie auch in der Vorlage zum Stadtumbau West deutlich wird – für notwendig, sieht dies aber als Querschnittsaufgabe der Stadtplanung und Stadtentwicklung an.

Ziel des CDU-Änderungsantrages ist laut Herrn Stv. Müller eine Beschleunigung des Genehmigungsverfahrens. Seine Fraktion geht dabei davon aus, dass Stadtplanung und –entwicklung die Aspekte der Kinder-, Jugendlichen- und Familienfreundlichkeit angemessen berücksichtigt.

Herr Verst macht deutlich, dass das im FNP bewährte Verfahren mit dem Ziel auf die Bauleitplanung ausgedehnt werden soll, eine entsprechende Prüfung in das Verfahren und innerhalb vorgegebener Fristen zu integrieren.

Auf Bitte von Herrn Stv. Wagner wird über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion abschnittsweise abgestimmt.

Herr Stv. Henke kündigt an, sich der Stimme zu enthalten.

Beschluss des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Stadtmarketing vom 01.06.2005:

1. Abschnitt A, Allgemeines,

wird wie folgt ergänzt:

- Auswirkungen auf die Kindergesundheit

Einstimmigkeit (bei einer Enthaltung der FDP)

2. Abschnitt B, Leitlinien für ein kinder-, jugend- und familienfreundliches Wuppertal,

wird wie folgt ergänzt:

- die Berücksichtigung von Gesundheitsindikatoren wie z.B. Gesundheitserziehung, Bewegungsförderung, Bildungsangebote für Erziehende

Stimmenmehrheit (bei vier Gegenstimmen und zwei Enthaltungen)

3. Abschnitt C, Strukturelle Maßnahmen, Punkt 1.,

wird wie folgt geändert:

Die Geschäftsbereiche GB 2.1 und 2.2 nehmen ihren Teil der Planungsverantwortung (etwa beispielsweise als Träger der Jugendhilfe oder Schulträger) gegenüber dem Ressort 101 weiterhin im Rahmen der „Zieldiskussion“ wahr.

Das Verfahren wird **nicht** auf die verbindliche Bauleitplanung ausgeweitet.

Träger der Planungshoheit für alle aus dem Flächennutzungsplan entwickelten Vorhaben bleibt mit Bündelungsfunktion der Ausschuss Bauleitplanung.

Stimmenmehrheit (bei vier Gegenstimmen und einer Enthaltung)

5.2 Kinder-, Jugend- und Familienfreundlichkeitsprüfung
Vorlage: VO/0089/05

Herr Stv. Müller kritisiert, dass die Vorlage nicht in den Ausschuss Bauplanung eingebracht wurde.

Beschluss des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Stadtmarketing vom 01.06.2005:

Die Verwaltung wird beauftragt, die in der Begründung aufgeführten Maßnahmen unter Berücksichtigung der Beschlussfassung zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion (VO/0675/05) umzusetzen.

Einstimmigkeit (bei fünf Enthaltungen der SPD und FDP).

6 Abwicklung des Stadterneuerungsprogramms 2005 des Landes zum Projekt 'Stadtumbau West'
Vorlage: VO/0567/05

Die Fraktion B90/GRÜNE begrüßt diesen Einstieg, erinnert in diesem Zusammenhang aber auch die anlässlich des Programms „Soziale Stadt“ vom Rat geforderte Einbindung des Ausschusses für die Gleichstellung von Mann und Frau, die für diese Vorlage ebenso gilt.

Für Herrn Stv. Müller macht die Vorlage deutlich, dass die Stadt um jeden Euro „kämpfen“ muss.

Die Herren Stv. Wagner und Stv. Zier unterstreichen die Bedeutung des Programms gerade für die in der Drucksache genannten Quartiere und ebenso die Bedeutung einer positiven öffentlichen Berichterstattung.

Herr Dalchow hält neue Konzepte für das Überleben von Betrieben in den Stadtteilen für erforderlich und befürwortet daher insbesondere den Baustein 2 „Neu-nutzung von leerstehenden Ladenlokalen“.

Auf seine Frage hin erläutert Herr Walde, dass eine abschließende Bestandsaufnahme noch nicht vorliegt. Die hier vorgesehenen Mittel sollen in erster Linie

für den Aufbau einer Dienstleistungsstruktur eingesetzt werden.

Er macht in diesem Zusammenhang deutlich, dass es sich bei dem Stadtumbau West um einen langfristigen Prozess mit unterschiedlichen Handlungsfeldern handelt, der intensiv kommunikativ unterstützt werden muss.

Herr Stv. Schmitz begrüßt das Konzept in seiner grundsätzlichen Ausrichtung.

Trotz des eher geringen Mitteleinsatzes bewertet auch Herr Stv. Henke das Programm vom Grundsatz her positiv.

Beschluss des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Stadtmarketing vom 01.06.2005:

Der Rat beschließt, dass die Stadt Wuppertal auf der Grundlage des vorliegenden Konzeptes die förderrechtlich notwendigen Schritte einleitet. Grundlage sind die im Landesprogramm bereitgestellten Städtebauförderungsmittel in Höhe von 1 Mio. €.

Einstimmigkeit.

Hardt
Vorsitzender

Paßmann
Schriftführerin